

Jahresbericht Vorstand

Bericht aus dem Vorstand 2023/2024

Aller guten Dinge sind dreizehn

Bereits vor der GV 2023 zeichnete sich die erste Hürde für die interessierten Mitglieder ab: unsere Statuten sahen nicht vor, dass alle Interessierten im neuen Vorstand Platz finden würden. Dennoch waren wir überzeugt, dass jede:r einen Beitrag im Gremium leisten will und kann, weswegen wir an der GV 2023 unsere Statuten revidierten und die Obergrenze für den Vorstand aufhoben. Nach einigen spannenden Diskussionen und Wortmeldungen passten wir unsere Statuten an – die Obergrenze entfällt.

So setzte sich der Vorstand mit 13 Mitgliedern wie folgt zusammen:

- Ivo Braunschweiger: Präsidium
- Marianne Aubert: Finanzen
- Leo Bauer: Verkehr
- Leander Diener: Standaktionen
- Simone Feuerstein: Sessionsgipfel
- Etrit Hasler: Migration
- Urs Helfenstein: Medienmitteilungen
- Sofia Karakostas: Beisitz
- Nicole Nickerson: Delegiertenbetreuung
- Michael Olivo: Quartierpolitik
- Michèle Ritz: Mitgliederbetreuung
- Dominique Stark: Standaktionen
- Sandro Trapani: Website

Der Vorstand traf sich, inklusive der Konstituierung, zu 8 Sitzungen.



Die höchste Zürcherin kommt aus unseren Reihen

Kurz nach der GV startete unser Vereinsjahr mit einem Highlight. Im Mai wurde Sofia Karakostas zur höchsten Zürcherin gewählt: Präsidentin des Gemeinderates. Im GZ Riesbach wurde ein Fest für die gesamte Bevölke-



rung ausgerichtet, das sich grosser Beliebtheit freute. Viele bekannte Gesichter aus der Sektion durchmischten sich mit Mitgliedern des Gemeinde- und Stadtrats, der Verwaltung, Anwohnerinnen und Anwohnern und Familie und Angehörigen.



Nationalratswahlen

Bei den zweiten Wahlen des Jahres (KR-Wahlen im Februar 2023 – siehe Jahresbericht 2022/2023) traten wir gleich mit vier Kandidat*innen für die Liste 2 an. Unsere Nationalrätin Jacqueline Badran als erstplatzierte unter den Bisherigen; Jean-Daniel Strub auf Platz 8, dicht hinter den Bisherigen; Nadina Diday auf Platz 27; Simone Feuerstein auf Platz 30. Zudem war Joe



Manser für die Liste 24 der SP 60+ am Start. Dank einer grandiosen Mobilisierung in unseren Wahlkreisen durch die Basiskampagne konnten wir nicht nur die zweithöchste Wahlbeteiligung (über 60%) in der Stadt erreichen (nur der Kreis 6 vor uns), sondern gingen auch als wählerstärkste Partei in den Kreisen 7 und 8 hervor (beinahe 27%).

An dieser Stelle noch einmal einen grossen Dank an alle Kandidatinnen und Kandidaten, aber auch an die vielen Helfer*innen, Spender*innen und Unterstützer*innen, die das ermöglicht haben!

Neues Veranstaltungformat?

Auf Initiative unserer Gemeinderät*innen durften wir am 8. November als Sektion das neue Rathaus, die Bullingerkirche im Kreis 4, in Augenschein nehmen. Den Ratsbetrieb verfolgten wir von der Zuschauertribüne aus, wo wir von der Präsidentin des Gemeinderats zu Beginn der Sitzung begrüsst wurden. Anschliessend trafen wir uns zum Ausklang und zur Besprechung der Eindrücke im Café Boy. Es war ein spannender

Anlass, uns es freut uns ausserordentlich, dass einige Mitglieder der Einladung gefolgt sind. Vielen Dank an dieser Stelle an unsere Gemeinderätinnen und Gemeinderäte für die Idee und Umsetzung!

Gerne ermutige ich alle Mitglieder – ob mit oder ohne Mandat – Ideen für neue Veranstaltung oder andere Vorschläge jederzeit anzubringen.

Ich hoffe, dass sich dieses Veranstaltungsformat wiederholen und weitere interessierte Mitglieder erfreuen wird.

Ausblick

Mit dem angekündigten Rücktritt unserer Kassierin Marianne Aubert, die das Amt seit 2019 ausübt, kommt eine Herausforderung auf die SP 7 und 8 zu. Auch ich als Präsident werde mein Amt zur nächsten GV zur Verfügung stellen.

Ich bin aber zuversichtlich, dass wir aus unserer Mitte heraus wunderbare Menschen finden werden, die unseren Vorstand und unsere Partei für die nächsten Jahre leiten werden und die finanziellen Geschicke weiterhin in guter Hand sein werden.

Eine weitere Herausforderung wird es sein, unser Sektionsleben wieder neu zu entfachen. Nachdem wir einige Jahre lang vielem nicht nachkommen konnten, führen wir jetzt wieder Veranstaltungen aller Art durch. So konnte sich der Chlaushöck und das Sommerfest einer grossen Beliebtheit freuen – was allen, die viel Zeit und Anstrengungen in die Vorbereitung und Durchführung investieren, natürlich grosse Freude bereitet. Nun möchten wir auch unseren Sessionsgipfel, der nach der Covid-Pandemie leider nicht mehr viele Besucher:innen anziehen konnte, neu beleben.

Neben dem Einleben einer neuen Kassierin, eines neuen Kassiers, sowie die Arbeit unter einem neuen Präsidium, wird der Vorstand im kommenden Jahr einerseits etwas Ruhe – ohne Parlamentswahlen – haben, andererseits auch diverse Herausforderungen antreffen, die es zu meistern gilt.

Ich bedanke mich bereits jetzt für das Vertrauen, das mir in den letzten Jahren als Co-Präsident und später als Präsident entgegengebracht wurde und ich freue mich, den neuen Vorstand und die Partei weiterhin auf andere Weise zu unterstützen.

Im März 2024,
Ivo Braunschweiger



Jahresbericht der linken Fraktion der KSB Zürichberg 2023/2024

Politik

Im Berichtsjahr kam es in der noch jungen Legislatur zu zwei Rücktritten in der linken Fraktion: Alexandra Kraft (Grüne) und Thomas Eichenberger (SP) haben ihren Rücktritt eingereicht. Bei der Ersatzwahl von Alexandra kam es erneut zu einer wilden Kandidatur von Thomas Peyer (parteilos), der die Wahl auch gewann. Bei der Ersatzwahl von Thomas blieb es glücklicherweise bei der Kandidatur der IPK. Damit wurde Martina Schulz (SP) im März 24 in stiller Wahl gewählt.

Herausforderungen

Der andauernde Krieg in der Ukraine belastet die Schulen unseres Schulkreises nach wie vor sehr. Aber inzwischen konnten Aufnahmeklassen teilweise aufgelöst und die Kinder in Regelklassen verteilt werden, was die Integration positiv unterstützt.

Am 13. April 2023 brach ein Feuer im Schulhaus Hirschengraben aus. Der Brand war zwar schnell unter Kontrolle, aber der Schaden mit veranschlagten 2.5 Mio. Franken immens. Vor allem aber war das Schulhaus erst ab August 2023 wieder benutzbar, so dass die Klassen in einer Herkules-Aktion auf andere Schulhäuser verteilt werden mussten. Es war bewundernswert, dass sogar andere Schulkreise Räumlichkeiten

zur Verfügung gestellt haben und sowohl das Team als auch die Schüler:innen die zusätzlichen Wegstrapazen – quer durch die Stadt – auf sich genommen haben, um den Unterricht so schnell wie möglich regulär durchzuführen. Eine Woche nach den Sommerferien war es dann soweit und das Schulhaus Hirschengraben konnte seinen regulären Betrieb wieder aufnehmen.

Trennung der A/B-Stufen in der Sek

Mit dem Schuljahr 23/24 wurde im Sommer die 1. Sekundarklassen in A- und B-Klassen aufgeteilt. Bisher wurden die Sekundarklassen im Schulkreis Zürichberg in gemischten Klassen geführt. In den Schulhäusern Hirschengraben und Hofacker werden jetzt je eine B-Klasse neben sechs A-Klassen geführt. Diese B-Klassen haben deutlich weniger SuS, was zu einer Erhöhung der SuS-Zahlen in den A-Klassen führt, da keine zusätzlichen Ressourcen vorhanden sind. Es wird sich zeigen, wie sich diese Situation über verschiedene Jahrgänge entwickelt.

Ich schliesse den Jahresbericht wie immer mit einem herzlichen Dankeschön an die Mitglieder der Linken Fraktion für ihre engagierte und kooperative Mitarbeit in dieser schwierigen Zeit.

Im März 2024,
Marco Gitermann



Jahresbericht Gemeinderat

Bericht aus dem Gemeinderat 2023/2024

Gemeinderat & Fraktion

Im vergangenen Berichtsjahr gab es in unserer Delegation keine Wechsel. Leider sieht die Situation im Gesamtrat nicht so gut aus. Seit Legislaturbeginn vor zwei Jahren kam es schon zu 24 Rücktritten. Mit einer Rotation von fast 20% geht auch immer viel Erfahrung und Wissen verloren. Dies führt dazu, dass derzeit über 50% des Rats ein Amtsalter von weniger als drei Jahren aufweist. Auch innerhalb der SP-Fraktion kam es seit Legislaturbeginn bereits zu vier Wechseln. Genau aus diesen Gründen setzt sich die SP schon lange für eine griffige Stellvertreter:innen-Lösung ein. Es ist extrem wichtig, dass der Rat auch über eine längere Zeitperiode auf viele erfahrene Mitglieder zählen kann. Dass es dabei zu kürzeren Abwesenheiten kommen kann, sei es infolge Schwangerschaft, Arbeit oder aus gesundheitlichen Gründen, liegt auf der Hand. Auch steigen das Pensum und die Komplexität der Geschäfte immer weiter.

Wechsel im Wahlkreis:

- Rücktritt von Susanne Brunner (SVP), neu im Rat Yves Peier
- Rücktritt von Catherine Pauli (FDP), neu im Rat Roger Meier
- Rücktritt von Mischa Schiwow (AL), neu im Rat Karen Hug
- Rücktritt von Claudio Zihlmann (FDP), neu im Rat Emanuel Tschannen

Es freut uns, dass Nadina Diday ab Mai 2024 das Vizepräsidium der Sachkommission Gesundheit und Umweltdepartement übernehmen wird.

Eindrücke aus dem Präsidentschaftsjahr von Sofia Karakostas

Am 10. Mai 2023 wurde unser Sektionsmitglied Sofia Karakostas vom Gemeinderat mit einem sehr guten Resultat mit 108 von 117 Stimmen zur Gemeinderatspräsidentin für das Amtsjahr 2023/24 gewählt. In ihrer Antrittsrede schilderte sie unter anderem, wie sie durch das für sie «erniedrigend» empfundene Einbürgerungsverfahren in die Politik gefunden habe und sich aber nie hätte träumen lassen einmal höchste Zürcherin zu werden. Zum ersten Vizepräsidenten wurde Guy Krayenbühl (GLP) und zum zweiten Vizepräsidenten

Christian Huser (FDP) gewählt. Bemerkenswert scheint uns: Am gleichen Ratstag, also am 10. Mai 2023 waren etliche Fraktionserklärungen angesagt zum Thema «Nachbearbeitung» des 1. Mai. Die NZZ brachte es dann auch fertig, den Ratsbetrieb ausschliesslich diesem Thema zu widmen. Der Beginn eines neuen Amtsjahres mit traditionellem Quartierempfang und anschliessender Feier, die sich wegen des 1. Mai-Knatsches bedeutend verspätete, war für die NZZ offensichtlich nicht berichtenswert. Die erste Ratssitzung, die Sofia als Ratspräsidentin leitete, fand am 24. Mai statt.

Das Präsidentschaftsjahr neigt sich langsam dem Ende zu und hier kann aus Sicht der Präsidentin durchaus eine sehr positive Bilanz gezogen werden.

Die Leitung der wöchentlichen Gemeinderatssitzungen liefen ab Beginn sehr gut. Dank auch des unterstützenden Skripts für die Sitzung, das vom Leiter der Parlamentsdienste zusammengestellt und der Präsidentin zur Verfügung gestellt wird. Eine weitere, fixe Aufgabe der Präsidentin ist die Leitung der – ebenfalls wöchentlich stattfindenden – Sitzungen der Geschäftsleitung (GL). Nebst den gewöhnlichen GL-Geschäften sind in diesem Amtsjahr zwei grössere Geschäfte hinzugekommen: Einerseits werden die Grundlagen für ein virtuelles Parlament gesetzt und dazu wird die Geschäftsordnung gleich revidiert; andererseits arbeitet eine Subkommission der GL an einer Totalrevision der Entschädigungsverordnung. Aus Sicht der SP ist es wichtig und richtig, die Entschädigung der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte nach oben anzupassen. Die Arbeit im Gemeinderat ist während der letzten Jahre – auch aufgrund höherer Komplexität der Geschäfte – aufwändiger geworden. Es wird im Schnitt von einem 30%-Pensum ausgegangen. Es kann nicht sein, dass nur diejenigen ein Gemeinderatsmandat ausführen können, die sich das auch finanziell leisten können. Diese Totalrevision ist nun auf gutem Weg, muss dann wohl aber noch einen Volksentscheid überstehen.

Nebst diversen Repräsentationsaufgaben ganz unterschiedlichster Natur, wie beispielsweise die Teilnahme am Zürcher Kantonalen Schwingfest oder der Teilnahme am interreligiösen Gottesdienst in der Kirche



Enge, die eine grosse Bereicherung sind, weil man die Gelegenheit bekommt, in eine ganz andere Community den Einblick zu gewinnen, ist der Austausch mit dem Stadtrat und dem Kantonsrat als wertvoll zu nennen. Etwas anstrengend, aber doch sehr wertvoll erachte ich die regelmässig stattfindenden «Führungen durch den Rat», die eigentlich «Einführung in den Ratsbetrieb» heissen müssten. Hier werden regelmässig von der Präsidentin – am Nachmittag unmittelbar vor der Gemeinderatssitzungen – Schüler:innen, Lernende oder Mitarbeitende der Stadt Zürich in das Geschäft des Gemeinderats eingeführt, bevor sie dann als Gast auf der Tribüne Platz nehmen und die Sitzung mitverfolgen.

Preisgünstiger Wohnraum

Das Planungs- und Baugesetz ermöglicht es den Gemeinden des Kanton Zürichs, bei Auf- und Einzonungen eine Mindestanzahl von preisgünstigen Wohnungen zu verlangen. Dazu braucht es Bestimmungen, die die Stadt in einer Verordnung festlegen muss. Die Stadt hat in der Verordnung folgende Bestimmungen für die preisgünstige Wohnungen vorgeschlagen: die Personenanzahl der Bewohnenden soll mindestens der Zimmerzahl minus 1 entsprechen, die Wohnungen dürfen nicht als Ferien- oder Zweitwohnung benutzt werden (sogenannte Wohnsitzverpflichtung) und es gelten Einkommens- und Vermögenslimiten. Daneben enthält die Verordnung weitere Bestimmungen zur Kontrolle der Einhaltung der genannten Belegungsvorschriften sowie der Mietzinse und zu weiteren Aufgaben der städtischen Vollzugsbehörden.

Die Kommission hat über ein Jahr lang diese Weisung beraten und die Fraktion hat in enger Zusammenarbeit mit dem Zürcher Dachverband der Wohnbaugenossenschaften (WBG) Änderungsanträge eingebracht. Diese Anträge fanden auch eine Mehrheit im Rat und die angepasste Weisung wurde anfangs Jahr der Redaktionskommission überwiesen.

Die Reaktionen blieben nicht aus. Insbesondere, dass der Gemeinderat entschieden hat, die Einkommens- und Vermögenslimiten aus der Verordnung zu streichen. Aufgrund der Reaktionen hat sich die AL (eine Woche nach Abschluss im Gemeinderat) entschieden, dass sie die überwiesene Weisung so nicht mehr unterstützen können. Die Redaktionskommission hat sich darauf entschieden, nicht auf die Bearbeitung der

Lesung einzugehen und die Weisung wieder zurück in den Gemeinderat zu schicken.

Wie wir mit der zurückgewiesenen Weisung umgehen, wird in den folgenden Wochen in einer der Ratssitzungen entschieden. Wir hoffen, dass wir eine speditive, neue Bearbeitung der Weisung in der Kommission durchbringen. Und die Verordnung rasch verabschiedet werden kann, damit für die künftigen Auf- und Einzonungen endlich ein Anteil an preisgünstigen Wohnungen verlangt werden kann.

SP will keine Ausgliederung des Stadtsitals

Das Stadtsital bewegt sich in einem Umfeld, das von bürgerlich geprägten kantonalen und nationalen Gesetzen bestimmt ist. Sie suggerieren ein Marktumfeld und schaffen einen unsinnigen Wettbewerb. Damit das Stadtsital in diesem äusserst schwierigen Umfeld bestehen kann, hat der Stadtrat bereits 2017 bekannt gegeben, dass er das Stadtsital aus der Verwaltung herauslösen und in eine öffentlich-rechtliche Anstalt ausgliedern will.

Um diesen möglichen richtungsweisenden Entscheid auf genügend Fakten diskutieren und darüber beschliessen zu können, hat die SP Ende 2021 vom Stadtrat einen Bericht über mögliche zukünftige Organisations- und Rechtsformen des Stadtsitals verlangt. Im Sommer 2023 hat der Stadtrat diesen Bericht nun vorgelegt. Basierend auf den zentralen Forderungen der SP – wie eine klare Zuordnung der politischen Verantwortung für das Stadtsital, eine qualitativ hochstehende Versorgung für alle Zürcher:innen oder attraktive und zeitgemässe Arbeitsbedingungen für das Personal des Stadtsitals – hat die SP den Bericht vertieft diskutiert und die Pro und Kontras sorgfältig abgewägt.

Vor kurzem hat die SP ihren Entschluss gefasst. Das Stadtsital soll weiterhin eine Dienstabteilung der Stadt bleiben. Hauptgründe für diesen klaren Entscheid sind: dass die demokratische Mitbestimmung der Bevölkerung und des Gemeinderats eingeschränkt und die politische Verantwortung des zuständigen Exekutivmitglieds mit der Einsetzung eines Spitalrats in einer öffentlich-rechtlichen Anstalt verwässert würde.

eine Ausgliederung einen verstärkten Spardruck mit sich bringen würde, weil das Stadtsital, in diesem unsinnigen Pseudo-Markt welcher die Gesundheitskosten ungenügend deckt, finanziell selbsttragend sein müsste. Dieser Spardruck würde auf Kosten des Perso-



nals gehen, was den Fachkräftemangel verschlimmern und letzten Endes auch zu Qualitätseinbußen in für die Bevölkerung führen würde.

Für die SP ist daher klar, dass das Stadtspital als Dienstabteilung im aktuellen Umfeld besser aufgestellt ist, um eine hochwertige Gesundheitsversorgung für die Bevölkerung und gute Arbeitsbedingungen fürs Personal sicherzustellen.

Die Ratsdebatte über die Ausgliederung steht zum Zeitpunkt des Schreibens dieses Jahresberichts noch aus. Doch weil sich auch Grüne und AL klar dagegen ausgesprochen haben, bleibt das Stadtspital aller Voraussicht nach auch zukünftig eine Dienstabteilung der Stadt Zürich.

Quer durchs Quartier

Wie im letzten Bericht bereits angetönt, hat uns die kommende Rad-WM im Quartier beschäftigt. Im ersten Konzeptentwurf waren Witikon und Teile von Hottingen stark von den notwendigen Strassensperrungen betroffen. Mit einem Vorstoss wollten wir den Stadtrat zu einer umsichtigeren Planung auffordern. Das Anliegen wurde von allen Parteien ausser der SVP unterstützt. In der Zwischenzeit wurden auch bereits verträglichere Lösungen gefunden. Es ist klar, dass ein solcher Grossanlass Einschränkungen mit sich bringt. Aber er bringt genauso Chancen, in dem sich Zürich und auch unsere Quartiere von der besten Seite weit über die Stadtgrenzen hinweg zeigen können. Um dieses Momentum zu nutzen, wurde von uns zusammen mit den Grünen und der FDP ein Vorstoss eingereicht, um einen Pumptrack in Witikon zu ermöglichen.

Der Neubau des Kinderspitals in der Lengg kommt gut voran und neigt sich bald dem Ende zu. Zukünftig ist mit erheblich mehr Verkehr im Quartier zu rechnen. Das stellt auch die VBZ vor neue Herausforderungen. Die kürzlich vorgestellten Pläne für das neue Tramnetz

Süd sehen insbesondere in den Kreisen 7 und 8 viele Anpassungen vor. So werden etliche Linien neu geführt und insbesondere in die Lengg findet eine Konzentration statt. Diese Situation werden wir sicherlich im Auge behalten und schauen, inwiefern die Auswirkungen für die Mobilität in unseren Kreisen zweckmässig ist oder ob es gezielte Anpassungen benötigt.

Im Februar wurde über die Gestaltungsplanpflicht im Spitalcluster Lengg abgestimmt und angenommen. Die Weisung war in der Kommission ausführlich beraten worden. Zudem wurde der Quartierverein Hirslanden in die Kommission eingeladen und er konnte seine Bedürfnisse vortragen. Der Quartierverein hat die Gestaltungsplanpflicht ebenfalls begrüsst. Diese ermöglicht es, die künftige Fahrtenanzahl aus dem Masterplan Lengg grundeigentümerverbindlich zu plafonieren. Wir werden die Entwicklung in der Lengg auch weiterhin genau im Auge behalten und darauf achten, dass die versprochenen Ziele auch erfolgreich umgesetzt werden.

Noch Ende letzten Jahres sollte eigentlich über die Schulhausplanung im Meteo-Gebäudes abgestimmt werden. Leider war die vorgestellte Lösung des Stadtrates, insbesondere was künftig mit dem Meteo-Gebäude geschehen sollte, nicht zufriedenstellend, worauf sich der Stadtrat entschieden hatte, die Weisung zurückzuziehen und noch einmal zu überarbeiten.

Im November haben wir interessierte Mitglieder bei uns im Rathaus und zum anschliessenden Apéro begrüssen dürfen. Es war ein sehr schöner und interessanter Austausch. Wir werden auch dieses Jahr sicherlich wieder etwas ähnliches organisieren und würden uns sehr über Besuch freuen. Gerne stellen wir euch den Ratsbetrieb näher vor. Aber auch ohne Besuch könnt ihr euch mit euren Anliegen immer an uns wenden.

Im März 2024,

Ivo Bieri, Nadina Diday, Angelica Eichenberger, Sofia Karakostas



Jahresbericht aus dem Kantonsrat 2023/2024

Sozialpolitische Initiativen für mehr Fairness

Im Jahr 2023 hat der Kantonsrat zwei wegweisende sozialpolitische Vorstösse der SP unterstützt. Die parlamentarischen Initiativen zielen darauf ab, sowohl die Unterstützung für Geflüchtete als auch die Finanzierung der Sozialhilfe gerechter zu gestalten. Durch die Überweisung an die zuständigen Kommissionen hebt die SP die Dringlichkeit und Notwendigkeit von Massnahmen zur Förderung von Fairness in diesen Schlüsselbereichen hervor.

Klima- und Fortschrittsallianz: Solarpflicht für Neubauten

Ein weiteres bedeutendes Thema, das im Kantonsrat 2023 behandelt wurde, betrifft einen Vorstoss der Klima- und Fortschrittsallianz. Dieser zielt darauf ab, eine Solarpflicht für Neubauten und Umbauten im Kanton Zürich einzuführen. Die Unterstützung dieses Vorschlags spiegelt das Bekenntnis des Kantons zu nachhaltigen Energiequellen und seinem Beitrag zum Klimaschutz wider.

Erfolg bei den kantonalen Wahlen

Trotz eines Rechtsrutsches bei den Wahlen im Jahr 2023 gelang es der SP Zürich, eine Trendwende zu schaffen und mit einem Sitzgewinn im Kantonsrat die knappe Mehrheit der Klima- und Fortschrittsallianz zu sichern. Die positiven Ergebnisse von Jacqueline Fehr und Priska Seiler Graf sind dabei besonders hervorzuheben, auch wenn der zweite SP-Sitz in der Regierung knapp verpasst wurde.

Verhandlungserfolg im Energiebereich

Ein weiterer Erfolg, der im Kantonsrat 2023 erzielt wurde, betrifft die Subventionen im Energiebereich. Die SP konnte eine Aufstockung des Kredits von 68 Millionen Franken um 16 Millionen erreichen, was ein starkes Signal für eine Zukunft ohne Heizungen mit fossilen Brennstoffen ist.

Lehrpersonenmangel und Bildungsdirektion

Die absehbare Verschärfung des Lehrpersonenmangels für das kommende Schuljahr führte zu einer erneuten Zulassung von Personen ohne Lehrdiplom als Lehrpersonen durch die Bildungsdirektion. Damit

macht sie die vermeintliche «Ausnahmeregelung» zur Dauerlösung. Die SP betont die Wichtigkeit eines systematischen Monitorings und Ausbaus der Einführungskurse, um einen Qualitätsabbau an Schulen zu verhindern.

Einschränkung des kommunalen Stimm- und Wahlrechts

Im Mai 2023 verweigerte die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat den Gemeinden das Recht, selbst über die Einführung eines kommunalen Stimm- und Wahlrechts für Menschen ohne Schweizer Pass zu entscheiden.

Im Kanton Zürich verfügen Menschen ohne Schweizer Pass über keinerlei politische Rechte. Weder auf Gemeinde- noch auf Kantonebene dürfen Sie wählen oder abstimmen. Gerade in Gemeinden mit einem hohen Ausländer:innenanteil ist deswegen ein grosser Teil der Bevölkerung von der politischen Mitsprache ausgeschlossen – in einigen Gemeinden mehr als 40 Prozent.

Diese Entscheidung wird als erheblicher Eingriff in die Gemeindeautonomie und Schwächung der direkten Demokratie betrachtet.

Forderung nach fairer Entlohnung bei der Zürcher Kantonalbank

Im Kantonsrat wurde intensiv über die Entlohnung bei der Zürcher Kantonalbank (ZKB) debattiert. Die von Isabel Bartal eingereichte Initiative erhielt 2022 genau die erforderlichen 60 Stimmen für eine vorläufige Unterstützung. Die parlamentarische Initiative (SP/AL) setzte sich dafür ein, dass der ZKB-Chef höchstens so viel verdienen sollte wie der Chef der Nationalbank. Dieser Vorstoss fand breites Interesse und unterstrich das Bestreben nach fairer Entlohnung in öffentlichen Institutionen.

Hintergrund dieser Diskussion ist, dass die Mitglieder der ZKB-Generaldirektion heute über 50 Prozent mehr verdienen als noch vor zehn Jahren. Der Konzerngewinn ist im gleichen Zeitraum zwar ebenfalls deutlich gewachsen, jedoch um «nur» gut 30 Prozent. Die Mehrheit der Geschäftsleitung des Kantonsrates war gegen die Initiative, obwohl auch der Lohn des ZKB-Chefs seit 2011 beeindruckende 71,7 Prozent gestiegen ist.



Während der Diskussion im Rat äusserten auch FDP und SVP Kritik, insbesondere an der Entlohnung des ehemaligen CEOs Martin Scholl, der im letzten August ausgeschieden ist. In seinen letzten acht Monaten im Amt verdiente er 2,6 Millionen Franken.

Trotz der Kritik kam im Parlament keine endgültige Unterstützung für die Initiative zustande. Der Bankrat versprach «Besserung» und die Ausarbeitung eines neuen Lohnreglements. Die Variable Anteile des Lohnes (Boni) wurde danach auf dem Stand von 2022 eingefroren, doch das Fixgehalt für 2024 wurde trotzdem erhöht.

Recht auf Wohnen

Ein gemeinsamer Vorstoss von SP, Grünen, AL und GLP fordert die Verankerung des Rechts auf Wohnen in der Kantonsverfassung und die Entwicklung einer Strategie zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit. Die steigenden Mieten und knappen Leerwohnungs-

bestände sind dabei als zentrale Herausforderungen für die Zürcher Bevölkerung hervorgehoben worden.

Budgetablehnung aufgrund mangelnder Entlastung der Bevölkerung

Die SP lehnte das Budget 2024 ab, da die rechte Mehrheit sich weigerte, die Bevölkerung angesichts steigender Mieten und Krankenkassenprämien zu entlasten.

Die rechtsbürgerliche Mehrheit im Kantonsrat hat das Budget sogar noch weiter verschlimmert. So beschloss sie weitere pauschale Kürzungen in der Höhe von 175 Millionen Franken – zusätzlich zu den 150 Millionen, welche die Regierung bereits kürzen wollte. Die Entscheidung, die Leistungen für die breite Bevölkerung weiter zu kürzen, während gleichzeitig die Steuern (1%) gesenkt werden, wurde von der SP als unverantwortlich eingestuft.

Im März 2024,
Isabel Bartal